

**Antrag 315/II/2023****SPDqueer****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Trans\* rights are human rights: Keine Verschlechterung der Situation von trans\* Personen durch das Selbstbestimmungsgesetz!**

1 Wir bekräftigen unseren Beschluss 105/I/2023 „Trans\*li-  
2 beration now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz“,  
3 mit dem wir uns klar für ein modernes und progressives  
4 Selbstbestimmungsgesetz einsetzen. Insbesondere hal-  
5 ten wir daran fest, dass das geplante Selbstbestimmungs-  
6 gesetz die Situation von trans\* Menschen klar verbessern  
7 muss und an keiner Stelle zu einer Verschlechterung füh-  
8 ren darf.

9

10 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundes-  
11 tag dazu auf, sich für die Anpassung jeglicher Teile des  
12 Selbstbestimmungsgesetzes einzusetzen, welche zur Ver-  
13 schlechterung der Situation von trans\* Personen führen  
14 können. Dazu zählt insbesondere die dreimonatige War-  
15 tefrist ab Anmeldung beim Standesamt und die missver-  
16 ständlichen und unnötigen Formulierungen zu Vertrags-  
17 freiheit und Hausrecht (insbesondere zu Toiletten und  
18 Umkleiden), die ein Einfallstor für neue Diskriminierung  
19 gegen trans\* Personen bieten könnten.

20

21 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeord-  
22 netenhaus dazu auf, sich in der Koalition für ein klares Be-  
23 kenntnis zum Selbstbestimmungsgesetz einzusetzen und  
24 sicherzustellen, dass die Vereinbarung des Koalitionsver-  
25 trags umgesetzt wird, wonach das Land Berlin dem Selbst-  
26 bestimmungsgesetz im Bundesrat zustimmen wird.

27 Formulierung im Beschluss 105 I 2023: „In der weiteren  
28 Abstimmung und im parlamentarischen Verfahren muss  
29 zweifelsfrei geklärt werden, dass das Selbstbestimmungs-  
30 gesetz die Situation von trans\* Menschen verbessern und  
31 an keiner Stelle verschlechtern wird.“

32

**Begründung**

34 Mit dem Beschluss „Trans\* Liberation now: Für ein ech-  
35 tes Selbstbestimmungsgesetz“ hat sich die SPD Berlin be-  
36 reits klar für ein progressives Selbstbestimmungsgesetz  
37 ausgesprochen. Der am 23. August 2023 beschlossene Re-  
38 gierungsentwurf, bleibt aber weiter hinter unseren Erwar-  
39 tungen zurück und nimmt die berechtigte Kritik aus Ver-  
40 bänden und der queeren Community nicht auf. Einzelne  
41 Regelungen – zum Beispiel die Aussagen zu Hausrecht  
42 und Vertragsfreiheit in § 6 Absatz 2 des Entwurfs – haben  
43 sich gegenüber dem Referentenentwurf sogar noch ver-  
44 schlechert.

45

46 Nach den Diskussionen der vergangenen Wochen und Äu-  
47 ßerungen auch aus den Reihen der CDU Berlin, die das

48 Selbstbestimmungsgesetz klar ablehnen, ist es wichtig,  
49 unsere klar progressive Linie erneut zu bekräftigen. Versu-  
50 chen, die realen Sorgen und Bedürfnisse der trans\* Com-  
51 munity zum Spielball eines rechtspopulistischen Kultur-  
52 kampfes zu machen, müssen wir uns entgegenstellen. Ziel  
53 der Gegner eines Selbstbestimmungsgesetzes ist es, eine  
54 gesetzliche und gesellschaftliche Verbesserung der Situa-  
55 tion von trans\* Personen zu verhindern. Es ist unsere Auf-  
56 gabe, Solidarität und Menschenrechte hochzuhalten und  
57 uns klar gegen eine solche Form der Debatte zu positio-  
58 nieren.